



**Stadt  
Luzern**

Stadtrat

## **Bericht und Antrag**

an den Grossen Stadtrat von Luzern  
vom 8. April 2009 (StB 308)

B+A 11/2009

## **Abschreibung von Motionen und Postulaten**

**Vom Grossen Stadtrat  
mit Änderungen beschlossen am  
4. Juni 2009  
(Definitiver Beschluss des Grossen Stadt-  
rates im Anhang 4 am Schluss dieses  
Dokuments)**

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
<b>I. Abzuschreibende Motionen und Postulate</b>	<b>3</b>
<b>II. Verlängerung der Erledigungsfrist</b>	<b>13</b>
<b>1. Verlängerung um ein weiteres, zweites Jahr</b>	<b>13</b>
<b>2. Verlängerung um ein weiteres, drittes Jahr</b>	<b>16</b>
<b>3. Verlängerung um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr</b>	<b>18</b>
<b>III. Antrag</b>	<b>21</b>

<b>Anhang 1</b>	<b>23</b>
-----------------	-----------

In Anhang 1 sind diejenigen Vorstösse aufgeführt, für welche der Stadtrat gemäss Art. 87 Abs. 2 lit. a. des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern, stellt.

<b>Anhang 2</b>	<b>25</b>
-----------------	-----------

Anhang 2 enthält der Übersicht halber diejenigen Vorstösse, die mit einem anderen vom Stadtrat verabschiedeten Bericht und Antrag speziell behandelt werden.

<b>Anhang 3</b>	<b>26</b>
-----------------	-----------

Anhang 3 enthält diejenigen Motionen und Postulate, für die noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden kann bzw. muss.

## Der Stadtrat von Luzern an den Grossen Stadtrat von Luzern

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

### I. Abzuschreibende Motionen und Postulate

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen unter Hinweis auf Art. 87 Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern eine Aufstellung überwiesener Motionen und Postulate, für die er Ihnen Abschreibung beantragt:

1. Postulat 305 (1996–2000), Peter Muheim, Peter Henauer, Louis Baume und Emerentia Bucher-Schaad, vom 16. September 1999<sup>1</sup>:  
**Mehr Verkehrssicherheit an der Bireggstrasse**

Die Tempo-30-Zone wurde gestützt auf das Lärmsanierungsprogramm Ende 2008 eingeführt.

2. Postulat 330 (1996–2000), Peter Muheim und Ruedi Meier namens der GB-Fraktion, vom 26. Oktober 2000:  
**Schluss mit dem Velochaos**

Der Richtplan Zweiradverkehr gibt Auskunft über die notwendigen Veloinfrastrukturen. Er wurde im Herbst 2008 nach Vorprüfung durch den Regierungsrat vom Grossen Stadtrat verabschiedet. Die Genehmigung durch den Regierungsrat ist ausstehend.

3. Postulat 102 (2000–2004), Peter Muheim und Cony Grünenfelder namens der GB-Fraktion, vom 21. November 2002:  
**Das Tribschenquartier wird zur Innenstadt 1: Erweiterung Definition Innenstadt**

Die bisherige Entwicklung im Tribschengebiet, hat diesem Gebiet keinen Innenstadt-Charakter verliehen. Die intensive Ansiedelung von Läden, Geschäften und Einkaufsmöglichkeiten blieb aus. Daher gibt es heute keinen Anlass, die bisherige Innenstadtdefinition räumlich zu erweitern.

4. Postulat 210 (2000–2004), Lotti Marti-Schindler und Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 30. Januar 2003:  
**Gleisüberdeckung**

Die Gleisüberdeckung kann nur im Zusammenhang mit einem Ausbau der Bahnhofzu-

---

<sup>1</sup> Massgebend ist das Datum der Behandlung des Vorstosses im Grossen Stadtrat, nicht das Eingangsdatum.

fahrt geprüft werden. Diese erfolgt frühestens ab 2030, da sie nicht im ZEB enthalten ist. Mit der zurzeit alternativ vorangetriebenen neuen Zufahrt „Rotsee direkt“ sind auch längerfristig, d. h. bis 2050, im besagten Bereich keine Bahnausbauten zu erwarten.

5. Postulat 321 (2000–2004), Katharina Hubacher und Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 3. Juni 2004:

**Stadtbad am St. Karli-Quai**

Der Stadtrat ist der Meinung, dass mit den bestehenden Anlagen ein ausreichendes Badeangebot für die Stadt Luzern besteht. Der Hallenbad-Neubau auf der Allmend wird das Angebot noch attraktivieren.

Zudem sind aus wasserbaulicher Sicht grosse Vorbehalte bezüglich Abfluss bei hohen Seeständen anzumelden.

6. Postulat 334 (2000–2004), Bruno Heutschy namens der SVP-Fraktion, vom 6. Mai 2004:

**Beleuchtung des Wasserturms**

Die Beleuchtung des Wasserturms ist Teil des Plan Lumière. Der Grosse Stadtrat hat den B+A 62/2007 am 15. Mai 2008 beschlossen. Die Umsetzung erfolgt schrittweise.

7. Postulat 364 (2000–2004), Philipp Federer namens der GB-Fraktion, vom 21. April 2005:

**Die Planung „Verkehrs-System-Management“ VSP ist zügig an die Hand zu nehmen**

Das Agglomerationsprogramm ist kurz vor der Genehmigung durch das ARE. Die Umsetzung der Massnahmen hat auf allen Ebenen begonnen, insbesondere auch die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Im aktuellen Vernehmlassungsentwurf sind in jedem Paket des Aggloprogrammes, vom Bund akzeptiert, VSM-Massnahmen vorgesehen und unbestritten. Im weiteren wird angestrebt, im Impulsprogramm des Kantons Massnahmen vorzuziehen, so bei der NLZ an der Maihofstrasse. Die Bedeutung ist erkannt, die Massnahmen werden laufend nach neustem Stand der Technik und paketweise entwickelt, ergänzt und umgesetzt. Es handelt sich um eine Daueraufgabe ohne Abschluss.

8. Postulat 380 (2000–2004), Beat Züsli namens der SP-Fraktion und Katharina Hubacher namens der GB-Fraktion, vom 16. Dezember 2004:

**Sanierungsplanung Hallenbad Luzern**

Das Hallenbad ist Bestandteil des Projekts Sportarena Allmend.

9. Postulat 383 (2000–2004), Markus Mächler namens der CVP/CSP-Fraktion, Claudia Portmann-de Simoni namens der FDP-Fraktion und Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion, vom 16. Dezember 2004:

**Neues Konzept für ein neues Hallenbad**

Das Hallenbad ist Bestandteil des Projekts Sportarena Allmend.

10. Postulat 12 (2004–2009), Matthias Birnstiel namens der CVP-Fraktion, vom 12. Mai 2005:  
**Erweiterung der Stadtbibliothek**

Das Projekt wurde im Projektplan gestrichen. Mit der Bibliotheksfiliale im Ruopigengzentrum wird eine Erweiterung realisiert.

11. Postulat 23 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion und Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 21. April 2005:

**Kombispur für Velo und Bus auf der Alpenstrasse**

Sobald mit den Massnahmen im Aggloprogramm der Verkehr in der Innenstadt reduziert werden kann, soll die Kombispur realisiert werden. Die Radverbindung ist in den Richtlinien (kommunal und kantonal) enthalten, sodass sie realisiert werden muss, sobald sich die Möglichkeit ergibt.

12. Postulat 73 (2004–2009), Lathan Suntharalingam namens der SP-Fraktion, vom 26. Januar 2006:

**Alarmierende Situation der Jugendarbeitslosigkeit – Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Lehrstelle**

Der Stadtrat schlägt die Abschreibung des Postulats vor, da der Kanton Luzern das Angebot für Schulabgänger/innen laufend verbessert hat und die Zusammenarbeit des Sozialamts der Stadt Luzern mit Anbietern von speziellen Integrationsprogrammen (z. B. Stiftung Speranza) gut läuft. Die Dezemberzahlen 2008 der Arbeitslosenversicherung zeigen, wie sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt in den letzten Jahren entspannt hat. Die Zahl der gemeldeten Personen hat sich sowohl bei den 15- bis 19-Jährigen (von 60 auf 30) als auch der 20- bis 24-Jährigen (von 210 auf 98) zwischen 2005 und 2008 mehr als halbiert. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass infolge der aktuellen Krise zukünftig weitere Massnahmen ergriffen werden müssen.

13. Postulat 90 (2004–2009), Andreas Moser namens der FDP-Fraktion, vom 11. Mai 2006:

**Einführung einer Parkkarte mit Sonderbewilligung für Gewerbe, Handel und Dienstleister der Stadt Luzern**

Das Bewilligungssystem wurde auf Verbesserungen und Kundenfreundlichkeit hin überprüft. Die Einführung der Möglichkeit des Online-Bezugs von Tages-Parkkarten (Blaue

Zone) wird im Rahmen des neuen Internetauftritts geprüft (E-Government). In verschiedenen Gesprächen mit dem Wirtschaftsverband Stadt Luzern wurde erkannt, dass insbesondere im Bereich der Altstadt eine liberalere Haltung gewünscht würde. Das Interesse an einer möglichst autofreien Altstadt mit einer Beschränkung der Bewilligungen auf wirkliche Ausnahmefälle ist aus Sicht des Stadtrates jedoch höher zu gewichten.

14. Postulat 109 (2004–2009), Andreas Moser namens der FDP-Fraktion, vom 29. Juni 2006:  
**Szene Europaplatz – Lösungen sind gefragt!**

Die Situation auf dem Europaplatz hat sich durch Massnahmen wie Videoüberwachung (durch KKL), taktile Markierungen gegen Skateboarding, bessere Beleuchtung und engere Zusammenarbeit zwischen SIP und KKL-Securitas merklich verbessert.

Teils war eine Verschiebung der Problematik auf den Bahnhofplatz und das Inseli beobachtbar. Auf dem Bahnhofplatz wurden seit Frühling 2007 diverse weitere Massnahmen getroffen: bessere Beleuchtung, Alkoholverkaufsstopp ab 22.00 Uhr im RailCity, vermehrte Reinigung durch das Strasseninspektorat, höhere Polizei- und SIP-Präsenz, Videoüberwachung, Sommerbar durch Jugendliche für Jugendliche und zusätzliche WC-Anlage (ab 2009). Auf dem Inseli wurde im Zusammenhang mit der Buvette die Beleuchtung provisorisch verbessert. Die Buvette trug dazu bei, dass auf der Parkanlage am See dank durchmischtem Publikum mehr soziale Kontrolle herrscht und das Sicherheitsgefühl merklich erhöht werden konnte.

Die Lage im Perimeter Bahnhofplatz-Europaplatz-Inseli wird permanent durch Stadt und Private (KKL, Sommerbarbetreiber) beobachtet, um auf mögliche Veränderungen schnell reagieren zu können.

15. Postulat 113 (2004–2009), Anita Weingartner und Markus Elsener namens der SP-Fraktion, vom 15. Dezember 2005:

**Das Taxi-Taxi 2006 möglichst zum Tarif des öffentlichen Verkehrs**

Der Kanton Luzern hat am 30. Januar 2009 einen Bericht zum „Behindertentransportwesen im Kanton Luzern“ der Hochschule Luzern-Wirtschaft präsentiert und klärt zurzeit diverse Modelle ab.

Da die Federführung vollständig beim Kanton liegt und das Projekt auf guten Wegen ist, schlägt der Stadtrat die Abschreibung des Postulats vor.

16. Postulat 153 (2004–2009), Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, Pius Suter namens der CVP-Fraktion, Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion und Esther Steiger-Müller namens der SP-Fraktion, vom 8. März 2007:

**Schaffung und Erhalt von Stellen für leistungsschwächere Mitarbeitende und Lehrlinge**

Das Postulat wurde mit StB 153 vom 27. Februar 2008 umgesetzt. Bei der Vergabe von Aufträgen sind Anbieter zu berücksichtigen, die Lernende ausbilden und die mit der Fach-

stelle für Arbeit des Sozialamtes zusammenarbeiten und dort auf der entsprechenden Liste aufgeführt sind.

17. Postulat 166 (2004–2009), Katharina Hubacher namens der GB/JG-Fraktion, vom 28. September 2006:

**Energiefragen auf der Allmend beantworten**

Die verlangte „alternative Energieversorgung“ wurde insofern als verbindliche Vorgabe definiert, als sowohl im Gestaltungsplan G 340 Allmend als auch im Baurechtsvertrag entsprechende Vorgaben formuliert wurden (z. B. MINERGIE, möglichst niedriger Primärenergiebedarf durch Wärmeverbund mit Umweltenergienutzung). Die im Bau befindlichen Messehallen werden annähernd den MINERGIE-P Standard erreichen. Die ewl AG wird hier zudem eine grosse Photovoltaikanlage bauen.

Beim Projekt Sportarena sind der MINERGIE Standard (Wohntürme, Breitensportgebäude) und die Abwärmenutzung des Abwassers (Wohnungen, Fitness, Hallenbad usw.) vorgesehen.

18. Volksmotion 171 (2004–2009), Peter Laube und Mitunterzeichner, vom 23. November 2006:

**Quartierpolizisten in der Stadt Luzern**

Das neue Konzept der künftigen Quartierpolizei wurde den Quartiervereinen und der breiten Öffentlichkeit vorgestellt. So werden die heutigen Quartierpolizisten in die Einsatzzüge der Luzerner Polizei integriert. Innerhalb der Züge werden „Sachbearbeiter Quartierpolizei“ ausgebildet. Mit dem neuen System wird für die Quartiere eine verbesserte Präsenz, insbesondere auch in der Nacht und an den Wochenenden, sichergestellt.

19. Postulat 194 (2004–2009), Franziska Bitzi Staub und Verena Zellweger-Heggli namens der CVP-Fraktion, vom 24. Mai 2007:

**Sauberkeit und Ordnung durch Bussen**

Die Bevölkerung des Kantons Luzern hat am 8. Februar 2009 verschiedene Gesetzesänderungen deutlich angenommen. Die Polizei wird damit ermächtigt, gegen Littering und wildes Plakatieren mit Sofortbussen vorzugehen. Ebenfalls erhielt sie mit dem sogenannten Wegweisungsartikel die Kompetenz, Personen von einem Ort bis zu einem Monat wegzuweisen, wenn sie andere Personen belästigen, die Nutzung des öffentlichen Raums behindern oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung stören.

20. Postulat 196 (2004–2009), Lathan Suntharalingam und Andreas Wüest namens der SP-Fraktion, vom 26. April 2007:

**Mehr Nachhaltigkeit bei öffentlichen Beschaffungen!**

Regionale Anbieter zu bevorzugen, ist nach dem Gesetz über die öffentlichen Beschaffungen nicht zulässig. Die Ökologie als Kriterium wird bei den Beschaffungen der Stadt Luzern, soweit sinnvoll und gesetzlich zulässig, bereits heute berücksichtigt. Das Kriterium menschenwürdige Arbeitsbedingungen ist ein vergabefremdes Kriterium, dessen Zulässigkeit strittig ist. Primär wäre es jedoch ein Problem der Kontrolle. Weder ist der Stadt Luzern nach dem Gesetz über die öffentlichen Beschaffungen die gezielte Auswahl eines bestimmten Lieferanten und die Beziehungspflege möglich, noch kann eine Kontrolle der Produktionsbedingungen vor Ort erfolgen. Es sollte daher über die politische Arbeit erreicht werden, dass sich kein Unternehmen die Verwendung von Produkten leisten kann, die unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen produziert worden sind. Bereits heute ist der Schaden am Ruf eines Unternehmens gross, wird die Verwendung solcher Produkte öffentlich.

21. Postulat 209 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt und Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, vom 24. Mai 2007:

**Pilotprojekt „Integrative Schulung“ durchführen**

Mit den Schulhäusern Unterlöchli/Utenberg sowie Wartegg werden ab Schuljahr 2009/2010 bis Ende Schuljahr 2010/2011 zwei Pilotschulen mit der integrativen Schulform geführt. Die Evaluation erfolgt gestützt auf die kantonalen Vorgaben.

22. Motion 225 (2004–2009), Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion, vom 13. Dezember 2007:

**Änderung der Parkraumbewirtschaftung – für eine echte Anwohnerbevorzugung, weniger Suchverkehr und mehr Ruhe in den Quartieren**

Die neue Gebührenregelung für Parkplätze in der Innenstadt, mit einer Bewirtschaftung von 24 Stunden über 7 Tage/Woche, ist rechtskräftig angeordnet und wird im Herbst 2009 umgesetzt. Gleichzeitig starten die im Parkleitsystem zusammengeschlossenen Parkieranlagen eine Kampagne mit dem Ziel, die Parkplatzsuchenden in die Parkhäuser zu leiten.

23. Postulat 251 (2004–2009), Werner Schmid namens der SVP-Fraktion, vom 8. November 2007:

**Fördern und fordern – obligatorische Deutschkurse für Einwanderer**

Der Kanton verpflichtet seit 1. Januar 2009 alle Neuzuziehenden aus Nicht-EU-/EFTA-Staaten mittels einer Integrationsvereinbarung zum Besuch eines Deutsch- und Integrationskurses.

24. Postulat 264 (2004–2009), Christoph Brun namens der FDP-Fraktion, vom 8. November 2007:

### **Reduktion der Missstände im Umfeld der Party- und Ausgehszene!**

Durch die seit November 2007 geschaffene Stelle für Sicherheitsmanagement konnten verschiedene behördenübergreifende Massnahmen eingeleitet werden. Zum Beispiel:

- Zusammen mit der Anwohnerschaft der Cysatstrasse und dem Löwengraben, dem Clubbetreibenden (Ausgehlokal „Knascht“) und der kantonalen Gastgewerbepolizei hat die Stadt Luzern einen Massnahmenkatalog erarbeiten lassen. Die Massnahmen gehen von verbesserter Lärmisolation durch bauliche Anpassungen am Lokal bis hin zu mehr Sicherheitspersonal vor dem Eingang und clubeigenen Putzequipen, die ab vier Uhr morgens im Quartier reinigen.
- Zur Verminderung von Emissionen im Bruchquartier durch das Ausgehlokal „Opera“ und die Nachtbäckerei Meile fanden verschiedene Besprechungen statt. Bei der Bäckerei Meile konnte erreicht werden, dass die Liegenschaftsverantwortlichen bei weiteren negativen Vorkommnissen direkt mit den zuständigen Betrieben in Kontakt treten können. Ebenso lässt die Bäckerei mittels baulichen Massnahmen die Kundschaft innerhalb des Lokals warten. Ein Sicherheitsangestellter ist vor dem Lokal für die Einhaltung der Nachtruhe verantwortlich. Die Kasimir-Pfyffer-Strasse wird von Angestellten der Bäckerei am Wochenende ab vier Uhr morgens gereinigt. Mit Anwohnenden der Pilatusstrasse und dem Clubbetreiber „Opera“ wurde ein Massnahmenkatalog zur Verminderung von Emissionen erarbeitet. Der Club stellt im Hallwilerweg zusätzliche Abfalleimer auf, reinigt nach Partyveranstaltungen den Perimeter Hallwilerweg, Pilatusstrasse, Pilatusplatz, Obergrundstrasse, Bruchsstrasse und Kasimir-Pfyffer-Strasse. Ebenso wurde der Kontrollrundgang des Sicherheitspersonals ausgedehnt, v. a. in die privaten Hinterhöfe am Hallwilerweg, Pilatusstrasse und Bruchstrasse.
- Im Tribschen- und Alpenquai-Quartier kommt es durch jugendliche Personen, die vorwiegend nachtsüber an den Wochenenden zwischen Bahnhof, Ufschöttli und dem Jugendhaus „Treibhaus“ umherziehen, zu Nachtruhestörungen. Vor allem die Liegenschaft Alpenquai 44 liegt direkt in der Verbindung zwischen See und Treibhaus. Zusammen mit Anwohnenden der besagten Liegenschaft, der zuständigen Liegenschaftsverwaltung, den Betreibenden des Treibhaus und Vertretern der Sozialdirektion sowie der Sicherheitsdirektion hat man sich auf eine Absperrung des direkten Zugangs via Spelterini-Weg, durch ein temporär abschliessbares Gittertor, geeinigt. Das Gittertor soll bewirken, dass die Kundschaft des Treibhaus über die Tribschenstrasse geleitet wird.

Neben diesen Massnahmen auf Verhandlungsebene leiten Stadt und Kanton auch auf gesetzlicher Stufe Änderungen ein:

- Durch die im zur Änderung vorgeschlagenen kantonalen Gastgewerbegesetz mögliche Verlängerung der Öffnungszeit bis um fünf Uhr wird eine zusätzliche Beruhigung der Situation in den Nachtstunden erwartet. In der selben Gesetzesvorlage wird nicht

nur der Verkauf, sondern auch die Abgabe (Weitergabe) von Alkohol an Personen unter 16 Jahren unter Strafe gestellt werden. Dem Kantonsrat wird zudem vorgeschlagen, im Gesetz die Möglichkeit, Testkäufe durchführen zu können, zu schaffen.

- Take-away-Patenschaften: Bereits seit längerer Zeit haben sich Betriebe, die Getränke und Speisen zum Mitnehmen verkaufen, freiwillig verpflichtet, eine gewisse Fläche rund um ihren Betrieb regelmässig auf eigene Kosten zu reinigen und/oder Abfall-eimer zu sponsern. Es wird gegenwärtig geprüft, ob sich diese Idee im zu überarbeitenden städtischen Reglement über die dauernde und vorübergehende Nützung des öffentlichen Grundes verankern lässt.
- Seit der kantonalen Abstimmung u. a. zur Änderung des Übertretungsstrafgesetzes ist das Verhängen von Sofortbussen bei Littering möglich.

25. Postulat 274 (2004–2009), Stefanie Zürcher und Michael Notter namens des Kinderparlaments, vom 28. Juni 2007:

#### **Erhaltung Begabtenwerkstatt**

Die Begabtenförderung ist in allen Schulhäusern mit Blick auf die zukünftige integrative Förderung umgesetzt, so dass eine adäquate Förderung hochbegabter Kinder ab Schuljahr 2009/2010 sichergestellt ist. Die Schulpflege beschloss deshalb im März 2009, die Begabtenwerkstatt zu schliessen.

26. Volksmotion 280 (2004–2009), Judith Krummenacher und Mitunterzeichner/innen vom 28. Juni 2007:

#### **Für den Erhalt der Begabtenwerkstatt der Stadt Luzern „Geistige Sprinter werden nie Schweizer Meister!“**

Die Begabtenförderung ist in allen Schulhäusern mit Blick auf die zukünftige integrative Förderung umgesetzt, so dass eine adäquate Förderung hochbegabter Kinder ab Schuljahr 2009/2010 sichergestellt ist. Die Schulpflege beschloss deshalb im März 2009, die Begabtenwerkstatt zu schliessen.

27. Postulat 296 (2004–2009), Dorothee Kipfer namens der SP-Fraktion, vom 21. Februar 2008:  
**Seitenwechsel – Parlamentarier/innen erhalten einen Einblick in einen Arbeitsplatz der Stadtverwaltung**

Der Seitenwechsel wurde im Herbst 2008 für 19 Parlamentarierinnen und Parlamentarier erfolgreich durchgeführt.

28. Postulat 324 (2004–2009), Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion, vom 24. Januar 2008:

**Weckt den Göttersee aus dem Dornröschenschlaf**

Das Anliegen ist – soweit der Stadtrat für dessen Umsetzung zuständig sein kann – unbestritten. Entsprechende Schritte sind eingeleitet: Zunächst soll im Jahr 2009 eine Konzeptstudie die Entwicklungsmöglichkeiten für den Rotsee als internationale Ruder-Anlage ausloten. Stadt, Gemeinde Ebikon und Kanton beteiligen sich an den entsprechenden Kosten von rund 130'000 Franken.

29. Postulat 339 (2004–2009), Ylfete Fanaj namens der SP-Fraktion, vom 22. November 2007:  
**Aktionstag „Wahre Werte“**

Ab 1.1.2010 ist REAL (ehemals GKLÜ) für die Abfallentsorgung zuständig. Der Stadtrat hat das Anliegen des Postulates beim REAL eingebracht.

30. Postulat 370 (2004–2009), Patricia Infanger und Markus T. Schmid namens der SP-Fraktion, Korintha Bärtsch und Hans Stutz namens der G/JG-Fraktion und Viktor Rüegg, vom 13. März 2008:

**Miete oder Eigentum bei den Service-public-Anlagen auf der Allmend**

Im Rahmen der Allmend-Planung wurde die Frage „Miete oder Eigentum“ intensiv behandelt. Als Resultat ergab sich eine Eigentümlösung für die Leichtathletik-Tribüne. Für das Hallenbad wurde die Variante „Rohbaumiete/Eigenausbau“ gewählt. Dies floss in das Abstimmungsprojekt ein.

31. Postulat 423 (2004–2009), Christoph Brun namens der FDP-Fraktion, vom 6. November 2008:

**Mehr Biss für die Kinder- und Jugendzahnklinik!**

Die Stadt hat, wie im Postulat gefordert, das Modell der Stadt Luzern überprüft. Mit Hilfe eines externen Fachmanns wurden drei Varianten untersucht:

- Das System Luzern mit der KJZK wird für das vereinigte Gemeinwesen zum Standard. Das heisst, dass in Zukunft alle Kinder und Jugendlichen des vereinigten Gemeinwesens in der KJZK untersucht und behandelt worden wären. Den privaten Zahnärzten in Littau hätte das Mandat als Schulzahnärzte entzogen werden müssen.
- Das System Littau mit den privaten Schulzahnärzten würde zum Standard. Konsequenz dieser Variante wäre eine Aufhebung der KJZK.
- Die beiden bisherigen und bewährten Systeme werden beibehalten und die Administration wird vereinigt.

### **Kein klarer Sieger**

Die Prüfung zeigte, dass alle drei Varianten Chancen und Risiken bergen. Mit allen Lösungen können die geforderten Qualitätsstandards eingehalten werden. Keine der drei Varianten zeichnete sich als markant bessere Lösung aus. Die beiden Exekutiven von Littau und Luzern haben deshalb in ihrer Funktion als Steuerungsgremium beschlossen, die bisherigen Systeme der beiden Gemeinden beizubehalten. Die Hauptgründe für diese Lösung waren:

- Die bewährte und langjährige Zusammenarbeit mit den Littauer Schulzahnärzten bleibt bestehen.
- Die bestehende KJZK muss nicht ausgebaut werden, Kosten für Desinvestitionen werden vermieden.
- Durch die „Privatisierung“ der KJZK wäre es – wenn auch zeitlich verzögert – vermutlich zu Entlassungen gekommen. Der Fusionsvertrag der beiden Gemeinden wäre dadurch verletzt worden.
- Die Stadt Luzern möchte mit weiteren Agglomerationsgemeinden fusionieren. Bei weiteren Zusammenschlüssen würden die heutigen Räumlichkeiten nicht mehr ausreichen. Die Folge wäre, dass Filialen der KJZK betrieben werden müssten. Dies erachtet die Steuerung als nicht wünschenswert und wäre politisch kaum durchsetzbar. Die jetzt gewählte Variante ist ausbaufähig.

Die gewählte Lösung führt zu einer unterschiedlichen Praxis der Leistungserbringung in einzelnen Stadtteilen. Dem organisatorischen Makel steht der Nutzen für die Familien in Littau und Luzern gegenüber, künftig weiterhin die gewohnte und erprobte zahnärztliche Betreuung ihrer Kinder in Anspruch nehmen zu können.

32. Postulat 447 (2004–2009), Katharina Hubacher und Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion, vom 18. Dezember 2008:

#### **Schweizerhofquai**

Der Schweizerhofquai wird, nachdem die kantonale Verkehrs- und Baukommission im Januar 2009 zugestimmt hat, ab Juni 2009 realisiert.

33. Postulat 448 (2004–2009), Dominik Durrer und Beat Züsli namens der SP-Fraktion, Viktor Rüegg und Hans Stutz, vom 23. Oktober 2008:

#### **Baugespann Sportarena und Wohntürme Allmend bis zur Volksabstimmung stehen lassen**

Das Anliegen des Postulats wurde erfüllt.

## II. Verlängerung der Erledigungsfrist

### 1. Verlängerung um ein weiteres, zweites Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde durch die GPK bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um ein Jahr bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, zweites Jahr. Zuständig dafür ist der Grosse Stadtrat (Art. 87 Abs. 2b Geschäftsreglement).

1. Motion 41 (2004–2009), Walter Stierli namens der SVP-Fraktion, vom 6. April 2006:  
**Neuregelung der Vergabepaxis bei den Einnahmen aus der Billettsteuer**

Aus Kapazitätsgründen war es bisher nicht möglich, das Thema umfassend anzugehen. Für 2009 ist die Anpassung der Grundlagen zum Jugendsportförderfonds geplant, die im Zuge der Fusion mit Littau nötig wird.

2. Postulat 96 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion und Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 16. März 2006:  
**Einbahnstrasse im Hirschmattquartier für den Veloverkehr öffnen**

Das Anliegen wird geprüft. Wichtige Randbedingung ist die Realisierung eines Parkings beim Bundesplatz und damit mögliche Aufhebung von Parkplätzen auf öffentlichem Grund.

3. Postulat 97 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion, vom 16. März 2006:  
**Bruchquartier vom Verkehr entlasten – Wohnqualität verbessern**

Das Anliegen wird geprüft; es liegen noch keine Resultate vor.

4. Postulat 121 (2004–2009), Korintha Bärtsch und Philipp Federer namens der GB/JG-Fraktion, vom 6. April 2006:  
**Besserer ÖV im Maihofquartier**

Der Halt der Linien 22/23 an der Haltestelle Weggismatt ist eingeführt; für die Verlegung des Wendeplatzes der Linie 1 zum Löwenplatz konnte noch keine befriedigende Lösung gefunden werden.

5. Postulat 131 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion, vom 28. September 2006:

**Rollstuhlgängige Verkehrserschliessung optimieren**

Das Anliegen ist aufgenommen, es liegen aber noch keine Konzepte vor.

6. Postulat 133 (2004–2009), Lathan Suntharalingam namens der SP-Fraktion, vom 14. Dezember 2006:

**Mehr Quartier- und Jugendarbeit**

Das Thema soll im Rahmen der Gesamtschau zur Quartier- und Stadtteilpolitik der Stadt Luzern behandelt werden. Der B+A dazu wird erst in der neuen Legislaturperiode vorliegen.

7. Postulat 140 (2004–2009), Katharina Hubacher namens der GB/JG-Fraktion, vom 28. September 2006:

**Flankierende Massnahmen zum Schutz der AnwohnerInnen vor zusätzlichem Verkehr nach der Tieflegung der Zentralbahn**

Die geplante Spange Süd ist gemäss Aggloprogramm die Voraussetzung für eine merkliche Entlastung vom Verkehr im Gebiet Moosmatt-Geissenstein. Die effektive Zweckmässigkeit der Spange Süd wird zurzeit von Kanton und Stadt geprüft. Verkehrliche und städtebauliche Konsequenzen werden in die BZO einfließen.

8. Postulat 141 (2004–2009), Katharina Hubacher, Cony Grünenfelder, Christa Stocker Odermatt, Korintha Bärtsch und Edith Lanfranconi-Laube, vom 28. September 2006:

**Nachhaltige Verkehrs- und Umweltpolitik in Luzern**

Das Anliegen, Car-Sharing zu fördern, ist aufgenommen. Es liegen noch keine Konzepte vor.

9. Postulat 149 (2004–2009), Cony Grünenfelder namens der GB/JG-Fraktion, vom 23. November 2006:

**Angemessene finanzielle Partizipation der Stadt als Eigentümerin am erfolgreichen Geschäftsverlauf der ewl Holding AG**

Die 2009 auszuzahlende Dividende wird erstmals 12,5 statt 10,0 Mio. Franken betragen. Im Rahmen der beschlossenen flexiblen Dividendenpolitik wird die GV die Dividendentwicklung jeweils im Frühjahr festlegen.

10. Postulat 172 (2004–2009), Beat Züsli, Patricia Infanger und Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, vom 28. September 2006:

**Parkierungskonzept Luzerner Allmend**

Mit der Vorlage zur Umzonung (Volksabstimmung vom 24. Februar 2008) wurde auch die Studie der Metron zur Verkehrsentwicklung aufgelegt. Diese hat grundsätzliche Gültigkeit; mit dem B+A zum Beitrag zur Sportarena und zum Kredit für die Vorzone wird das Parkierungskonzept detailliert vorgestellt. Darin sind auch die Grundsätze eines Parkierungskonzeptes formuliert (Parkleitsystem).

## 2. Verlängerung um ein weiteres, drittes Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde nach der GPK durch den Grossen Stadtrat bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um ein Jahr bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, drittes Jahr.

1. Motion 394 (2000–2004), Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion, vom 24. Februar 2005:

### **Planungsbericht zur Neuorganisation der Schulpflege**

Der Status und eine allfällige Neuorganisation der Schulpflege wird mit der neuen Gemeindeordnung (ab 2010) für das fusionierte Gemeinwesen festgelegt.

2. Postulat 24 (2004–2009), Anita Weingartner namens der SP-Fraktion, vom 9. Juni 2005:  
**Mehr Sicherheit auf der Strasse zum Primarschulhaus Büttenen und zu den Kindergärten Büttenenhalde**

Es ist vorgesehen, die Büttenenstrasse mit der Verlängerung der Trolleybuslinie ins Netz der öffentlichen Strassen zu integrieren. Danach könnte die Strasse mit Tempo 30 belegt werden, was für die Verkehrssicherheit förderlich wäre. Es sind jedoch noch weitere Abklärungen und Verhandlungen notwendig.

3. Postulat 27 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion, vom 30. Juni 2005:

### **Stadtreparatur am Kasernenplatz vorantreiben**

Die in der Antwort in Aussicht gestellte Aufwertung des Mühlenplatzes ist in Umsetzung. Städtebauliche Massnahmen im Erdgeschoss des Parkhauses liessen sich nicht realisieren, wohl aber eine optisch attraktivere Gestaltung des Gebäudes. Im Rahmen der BZO-Revision werden – gestützt auf das Raumordnungskonzept – weitere Möglichkeiten geprüft.

4. Postulat 30 (2004–2009), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 30. Juni 2005:  
**Städtebauliche Aufwertung des Kasernenplatzes**

Die Anregung des Postulats wurde bezüglich Museumserweiterung mit den zuständigen kantonalen Behörden behandelt. Am 27. März 2006 wurde die kantonale Motion „Unverzögliche Umsetzung der seit Langem geplanten baulichen Erneuerung des Natur-Museums Luzern“ eröffnet. Das Projekt Erneuerung des Natur-Museums wurde vom Kanton aufgrund nicht vorhandener finanzieller Mittel auf die Jahre 2012–2015 verschoben. Aktuell kann der Kanton nur notwendige Sanierungsmassnahmen durchführen. Darüber hinaus wird eine Aufwertung im Rahmen der BZO-Revision geprüft.

5. Postulat 48 (2004–2009), Markus Mächler und Rolf Hilber namens der CVP-Fraktion, vom 3. November 2005:

**Für eine Begegnungszone im Löwengraben-West**

Zurzeit läuft die Umgestaltung des Mühlenplatzes. Nach der definitiven Festlegung des Verkehrsregimes am Mühlenplatz wird das Verkehrskonzept für den Löwengraben erarbeitet. Dabei wird auch die Einführung einer Begegnungszone geprüft werden, voraussichtlich mit der Beplanung des St. Karli-Quais ab 2012.

6. Motion 53 (2004–2009), Peter Henauer namens der SP-Fraktion und Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion, vom 24. November 2005:

**Erstellung eines Veloabstellkonzepts für die Universität Luzern**

Die Stadt sucht zusammen mit SBB und Kanton nach der besten Lösung. Entsprechende Auflagen sind in der Baubewilligung für die Uni enthalten. Für verbesserte Erschliessungen liegen konkrete Vorschläge vor und sollen vor Inbetriebnahme der Uni realisiert werden.

7. Postulat 56 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion und Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 3. November 2005:

**Einführung eines Qualitätsmanagementsystems für eine effiziente und wirkungsorientierte Velopolitik in der Stadt Luzern**

Die Förderung des Langsamverkehrs mit entsprechenden Mitteln ist eine wichtige Massnahme im Agglomerationsprogramm. Die Umsetzung der Massnahmen hat begonnen, so auch die Prüfung eines geeigneten Qualitätsmanagements für die Velopolitik.

### 3. Verlängerung um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde durch den Grossen Stadtrat bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um zwei oder mehrere Jahre bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr.

1. Postulat 385 (1996–2000), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 25. Januar 2001:  
**Ein neues City-Logistik-Konzept für die Altstadt**

Die Erfahrung zeigt, dass die Transportunternehmer ihre Logistik so pflegen, dass jeweils Ware, Ort, Zeit, Weg und Transportgefäss optimal abgestimmt werden. Das Altstadtregime mit Zulieferung bis 10 Uhr morgens bewährt sich und entspricht der Praxis in anderen Städten. Dies ist wichtig, da die Lieferanten eine gesamtschweizerische Logistik pflegen. Aufgrund der Gefährdung des Langsamverkehrs durch schwere Fahrzeuge prüfen neuerdings verschiedene Städte in Europa ein Lastwagenverbot in der Innenstadt, mit entsprechender Umladelogistik. Die Stadt Luzern verfolgt diese Prüfungen.

2. Postulat 103 (2000–2004), Peter Muheim und Cony Grünenfelder namens der GB-Fraktion, vom 21. November 2002:  
**Das Tribschenquartier wird zur Innenstadt 2: Anpassung Parkplatzreglement**

Ergeben sich im Rahmen der Revision der BZO neue Zonen, kann die Überarbeitung des Parkplatzreglements bezüglich der Zonenzuordnung geprüft werden. In seiner Antwort auf die Petition für eine ganzheitliche und bedürfnisgerechte Parkplatzoptimierung in der Stadt Luzern hielt der Grosse Stadtrat am 1. April 2004 fest, dass sich das Parkplatzreglement in der heutigen Form jedoch grundsätzlich bewährt. Er lehnt sowohl die Verschärfung wie auch die Lockerung desselben ab.

3. Postulat 104 (2000–2004), Peter Muheim und Cony Grünenfelder namens der GB-Fraktion, vom 28. Februar 2002:  
**Das Tribschengebiet wird zur Innenstadt 3: Aufwertung der Strassenräume**

Im Rahmen der Revision der BZO, unter Berücksichtigung von ESP Bahnhof und dem Agglomerationsprogramm, müssen die verkehrs-, bzw. nutzungsorientierten Strassen neu definiert werden. In der Folge können Gestaltungen verbessert und Verkehrsbeschränkungen geprüft werden.

4. Motion 142 (2000–2004), Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 21. November 2002:  
**Stadtreparatur am Pilatusplatz vorantreiben**

Der Stadtrat entschied im Juni 2006, die erarbeiteten Nutzungsvorstellungen mit der BZO-

Revision zu verknüpfen. Das Raumentwicklungskonzept 2008 und das regionale Hochhauskonzept bestätigen im Grundsatz die bisherigen planerischen Massnahmen zur Stadt-reparatur am Pilatusplatz. Die planrechtliche Umsetzung erfolgt im Rahmen der 2. Phase der BZO-Revision.

5. Postulat 177 (2000–2004), Louis L. Schumacher, Rita Misteli, Claudia Portmann-de Simoni und Guido Durrer, vom 5. Dezember 2002:

**Das Luzerner Messewesen und seine Verkehrszukunft**

Die Grundsätze des Verkehrskonzeptes Allmend, inkl. Messe, sind in den Gestaltungs- und Strassenplänen sowie der Baubewilligung Sportarena und Erschliessungen festgelegt. Die entsprechenden Detailprojekte sind als Auflagen formuliert und müssen Ende 2009 vorliegen.

6. Postulat 200 (2000–2004), Beat Züsli und Lotti Marti-Schindler namens der SP-Fraktion und Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 30. Januar 2003:

**Quartierentwicklung im Gebiet der Industriestrasse**

Gemäss Raumentwicklungskonzept 2008 ist das Gebiet als sogenanntes Schlüsselareal definiert. Die Entwicklungsstudie für das Areal wird im Verlauf des Jahres 2009 erfolgen.

7. Motion 318 (2000–2004), Rolf Hilber namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 30. September 2004:

**Einbürgerungen durch die Bürgerrechtskommission**

Die Frage einer Neubestimmung der Einbürgerungsinstanz wird im Zusammenhang mit den Fusionsarbeiten geprüft. Im Rahmen der Revision der Gemeindeordnung wurde die Neuregelung in die Vernehmlassung gegeben.

8. Postulat 320 (2000–2004), Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 6. Mai 2004:

**Neugestaltung des St. Karli-Quais prüfen**

Nach der Verkehrsfreimachung und Umgestaltung des Mühlenplatzes und der Erweiterung des Parkhauses Zentrum wird auch die Aufwertung des St.-Karli-Quais geprüft. Eine gleichzeitige Bearbeitung übersteigt die Ressourcen der Verwaltung. Eine Bearbeitung kann deshalb ab 2012 erwartet werden.

9. Postulat 332 (2000–2004), Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 3. Juni 2004:

**Zukunftsorientierte Planung der Veloabstellplätze für die Universität Luzern**

Die Stadt sucht zusammen mit SBB und Kanton nach der besten Lösung. Entsprechende Auflagen sind in der Baubewilligung für die Uni enthalten. Für verbesserte Erschliessun-

gen liegen konkrete Vorschläge vor und sollen vor Inbetriebnahme der Uni realisiert werden. Wichtig dabei ist die weitere Entwicklung des geplanten Velotunnels Zentralstrasse–Uni, wiederum abhängig von der von der SBB zu definierenden Rahmenplanung Bahnhof.

10. Postulat 361 (2000–2004), Ruedi Schmidig namens der GB-Fraktion, vom 30. September 2004:

**Mehr Sicherheit auf den Strassen rund um das St.-Karli-Schulhaus**

Das zur Ausführung vorgesehene Projekt liegt vor. Es soll 2010 realisiert werden.

### **III. Antrag**

Unter Hinweis auf die Begründungen beantragt Ihnen der Stadtrat, die Motionen und Postulate unter I., Ziffern 1–33 als erledigt abzuschreiben.

Gleichzeitig beantragt er Ihnen, die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate unter:

II.1., Ziffern 1–10 um ein weiteres, zweites Jahr zu verlängern

II.2., Ziffern 1–7 um ein weiteres, drittes Jahr zu verlängern

II.3., Ziffern 1–10 um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr zu verlängern

Luzern, 8. April 2009

Urs W. Studer  
Stadtpräsident



Toni Göpfert  
Stadtschreiber

## **Der Grosse Stadtrat von Luzern,**

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 11 vom 8. April 2009 betreffend

### **Abschreibung von Motionen und Postulaten,**

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

#### **beschliesst:**

1. Die Motion und die Postulate gemäss I., Ziffern 1–33 werden abgeschrieben.
2. Die Erledigungsfrist der Motion und der Postulate gemäss II.1., Ziffern 1–10 wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
3. Die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II.2., Ziffern 1–7 wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
4. Die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss II.3., Ziffern 1–10 wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

## Anhang 1

Für die folgenden Vorstösse stellt der Stadtrat gemäss Art. 87 Abs. 2 lit. a des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern. Es handelt sich dabei um Vorstösse, deren Frist zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2009 abläuft.

1. Motion 136 (2004–2009), Rolf Hilber namens der CVP-Fraktion, vom 8. Februar 2007:  
**Grendel: Tor zum Marktplatz Altstadt im Umbruch**

Die Attraktivierung des Grendels unter Einbezug der Interessierten ist in Vorbereitung. Die Arbeit soll noch 2009 gestartet werden.

2. Postulat 161 (2004–2009), Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion, vom 8. März 2007:  
**Vergrosserung der Begegnungszone Bahnhofstrasse**

Ein erster Entwurf für Kriterien für Begegnungszonen und entsprechende Möglichkeiten liegt vor. Darin ist die Bahnhofstrasse enthalten. Für die weitere Bearbeitung sind noch Randbedingungen offen (ÖV-Achse Bahnhofstrasse, Zukunft Stadttheater).

3. Postulat 162 (2004–2009), Philipp Federer und Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion, vom 8. März 2007:  
**Hirschmattquartier als Begegnungszone gestalten**

Ein erster Entwurf für Kriterien für Begegnungszonen und entsprechende Möglichkeiten liegt vor. Darin sind auch Teile des Hirschmattquartiers enthalten. Für die weitere Bearbeitung sind noch Randbedingungen offen (Verkehrsführungen, Reduktion Parkplätze mit Parking Bundesplatz).

4. Postulat 198 (2004–2009), Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion und Lathan Suntharalingam namens der SP-Fraktion, vom 26. April 2007:  
**Midnight Basket – auch in Luzern**

Der externe Evaluationsbericht zum Pilotprojekt Midnight Sports & Music wird erst etwa im Sommer 2009 vorliegen. Zurzeit werden solche Angebote an zwei Standorten betrieben.

5. Postulat 208 (2004–2009), Markus Elsener namens der SP-Fraktion, vom 24. Mai 2007:  
**Optimale Voraussetzungen für den Fremdsprachenunterricht in der Primarschule schaffen (II)**

Die Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur (HSK) bieten die Grundlage für die Erstsprachförderung. Der Kanton Luzern übernimmt dabei Koordination; Qualitätssicherung

und Organisation erfolgt durch die jeweiligen Sprachgruppen und Konsulate. Die meisten Kurse finden in Schulgebäuden der Stadt Luzern statt. Die Stadt nimmt hier die Zentrumsfunktion wahr und bietet auch kleinen Gruppen Platz für regionale Angebote. Im Rahmen der integrativen Förderung ist eine engere Zusammenarbeit der HSK-Lehrpersonen mit der Volksschule zu prüfen.

6. Postulat 228 (2004–2009), Hans Stutz namens der G/JG-Fraktion, vom 8. November 2007:  
**Für den Aufbau eines Stadtnetzes durch die ewl**

Die ewl haben sich bereit erklärt, ein Stadtnetz aufzubauen. Die offizielle Lancierung ist noch ausstehend.

7. Postulat 238 (2004–2009), Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion, vom 27. September 2007:  
**Förderung von familienfreundlichen Arbeitsmodellen in der städtischen Verwaltung**

Das Personalamt will noch ein weiteres Jahr Erfahrungen mit den familienfreundlichen Arbeitsmodellen sammeln.

8. Postulat 247 (2004–2009), Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, vom 13. Dezember 2007:  
**Eigenes Bauholz bei öffentlichen Bauten**

Es ist vorgesehen, fristgerecht (noch in diesem Jahr) dem Parlament eine Stellungnahme vorzulegen.

9. Postulat 254 (2004–2009), Dorothee Kipfer und Alex Schönenberger namens der SP-Fraktion, vom 22. November 2007:  
**Sicherheit und Lebenssinn für alle Generationen im Quartier**

Das Thema soll im Rahmen der Gesamtschau zur Quartier- und Stadtteilpolitik der Stadt Luzern behandelt werden. Der B+A dazu wird erst in der neuen Legislaturperiode vorliegen.

10. Postulat 261 (2004–2009), Marcel Lingg, vom 26. April 2007:  
**Zukunft Bahntrasse Zentralbahn nach Tieflegung**

Konzeptionelle Überlegungen wurden wie versprochen rechtzeitig vor der Abstimmung vom 24. Februar 2008 vorgelegt. Zurzeit werden die Projektierungsarbeiten vorbereitet.

## Anhang 2

Folgende Vorstösse werden separat mit einem Bericht und Antrag zur Abschreibung beantragt:

1. Postulat 336 (2004–2009), Rolf Krummenacher namens der Sozialkommission, vom 22. November 2007:

**Weiterführung der Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende**

Der B+A ist ausgearbeitet. Die Behandlung ist für die Ratssitzung vom 25. Juni 2009 geplant.

2. Postulat 408 (2004–2009), Silvio Bonzanigo namens der CVP-Fraktion, vom 26. Juni 2008:  
**Evaluation des Versuchsbetriebs Fixerraum „Geissmättli“ trotz Abbruchs**

Ein B+A ist für die Ratssitzung vom 4. Juni 2009 geplant.

## Anhang 3

Für die folgenden Motionen und Postulate kann noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden bzw. läuft die Erledigungsfrist gemäss Art. 87 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates noch nicht ab:

1. Postulat 223 (2004–2009), Yves Holenweger namens der SVP-Fraktion, vom 24. Januar 2008:  
**7 Strassenmusikanten sind genug!**
2. Motion 240 (2004–2009), Dorothée Kipfer und Alex Schönenberger namens der SP-Fraktion, vom 21. Februar 2008:  
**Netzwerk: Soforthilfe für Alzheimerkranke und Demente zuhause**
3. Motion 255 (2004–2009), Agatha Fausch Wespe namens der G/JG-Fraktion, vom 17. April 2008:  
**Ein Leitbild für Gemeinschaft, Gesundheit und ein sinnerfülltes Leben im Alter 60plus**
4. Motion 256 (2004–2009), Agatha Fausch Wespe und Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, vom 17. April 2008:  
**Ein Konzept zur Förderung der Gesundheit im Alter 60plus**
5. Motion 266 (2004–2009), Edith Lanfranconi-Laube und Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion, vom 24. Januar 2008:  
**Orientierung und Fortbewegung im Stadtraum für Menschen mit Behinderung**
6. Postulat 277 (2004–2009), Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, vom 24. Januar 2008:  
**Stadtmuseum im Am-Rhyn-Haus**
7. Postulat 283 (2004–2009), Verena Zellweger-Heggli namens der CVP-Fraktion, vom 24. Januar 2008:  
**„Lernen im HAS“: Bildungs- und Integrationsförderung durch Teilhabe und Zusammenarbeit mit Pensionären in den Heimen und Alterssiedlungen**
8. Motion 285 (2004–2009), Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, vom 15. Mai 2008:  
**Angleichung von Bauvorschriften in der Agglomeration Luzern**
9. Postulat 309 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion und Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, vom 17. April 2008:  
**Tempo 30 rund um die Schulhäuser der Stadt Luzern**

10. Motion 341 (2004–2009), Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion, vom 5. Juni 2008:  
**Moderne WC-Anlagen entsprechen einem wichtigen Bedürfnis**
11. Postulat 347 (2004–2009), Rolf Hilber namens der CVP-Fraktion, vom 24. Januar 2008:  
**Frisches Leben in alten Räumen**
12. Postulat 350 (2004–2009), Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion, vom 26. Juni 2008:  
**Fusion ist kein Verwaltungsakt**
13. Postulat 359 (2004–2009), Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion, vom 26. Juni 2008:  
**Fusion Luzern und Littau: Projekte für die Bevölkerung**
14. Postulat 360 (2004–2009), Markus Mächler namens der CVP-Fraktion sowie Claudia Portmann-de Simoni und Josef Burri namens der FDP-Fraktion, vom 17. April 2008:  
**Erhalt des Kioskstandes am Schwanenplatz**
15. Postulat 364 (2004–2009), Silvio Bonzanigo namens der CVP-Fraktion, Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion und Markus T. Schmid namens der SP-Fraktion, vom 11. September 2008:  
**Verzicht auf die Forderung an den Kanton Luzern, die Langzeitgymnasien abzuschaffen**
16. Motion 367 (2004–2009), Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion, vom 25. September 2008:  
**Kommunaler Verkehrsrichtplan Luzern**
17. Postulat 368 (2004–2009), Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion, vom 13. März 2008:  
**Planung der Allmend-Vorzone schnell angehen**
18. Postulat 372 (2004–2009), Ylfete Fanaj und Andreas Wüest namens der SP-Fraktion und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, vom 23. Oktober 2008:  
**Beitritt der Stadt Luzern zur Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus**
19. Postulat 373 (2004–2009), Markus Elsener namens der SP-Fraktion und Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, vom 23. Oktober 2008:  
**2x gratis ins Museum**
20. Postulat 374 (2004–2009), Silvio Bonzanigo namens der CVP-Fraktion, vom 23. Oktober 2008:  
**Strassenmusik von Kindern verhindert Bildung und missachtet das Verbot der Kinderarbeit**

21. Motion 380 (2004–2009), Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion und Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, vom 25. September 2008:  
**Planung Grendel/Löwengraben – eine Chance für die Luzerner Altstadt**
22. Postulat 388 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion, vom 15. Mai 2008:  
**Die Gütschbahn muss gerettet werden**
23. Postulat 390 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion und Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, vom 23. Oktober 2008:  
**Genügend Veloparkplätze am Bahnhof und in der Neustadt**
24. Postulat 394 (2004–2009), Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion, vom 18. Dezember 2008:  
**Die Politik braucht Räume der Stadt**
25. Postulat 404 (2004–2009), Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion und Ylfete Fanaj namens der SP-Fraktion, vom 18. Dezember 2008:  
**Gute Startchancen durch Integrationsförderung in der Vorschulbetreuung**
26. Postulat 407 (2004–2009), Dominik Durrer und Patricia Infanger namens der SP-Fraktion, vom 18. Dezember 2008:  
**Für eine nachhaltige Energiepolitik der ewl**
27. Postulat 409 (2004–2009), Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, Pius Suter namens der CVP-Fraktion und Hans Stutz namens der G/JG-Fraktion, vom 18. Dezember 2008:  
**Sperrung der Bahnhofstrasse beim Luzerner Theater zur attraktiven Durchführung des Wochenmarktes am Dienstag**
28. Postulat 410 (2004–2009), Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, vom 27. November 2008:  
**Biogas für alle Fahrzeuge**
29. Postulat 414 (2004–2009), Dominik Durrer und Gaby Schmidt namens der SP-Fraktion, vom 18. Dezember 2008:  
**Kein Abbau bei der städtischen Quartierpolitik: Weiterentwicklung der Quartierpolizei**
30. Postulat 415 (2004–2009), Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, vom 18. Dezember 2008.  
**Wie kann die Quartiersversorgung erneuert werden?**

31. Postulat 416 (2004–2009), Pius Suter namens der CVP-Fraktion, Josef Burri namens der FDP-Fraktion und Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, vom 18. Dezember 2008:  
**Neugestaltung Bahnhofstrasse**
32. Postulat 420 (2004–2009), Dominik Durrer und Ylfete Fanaj namens der SP-Fraktion, Claudia Portmann-de Simoni und Josef Burri namens der FDP-Fraktion sowie Hans Stutz und Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion, vom 29. Januar 2009:  
**Die Planung an der Industriestrasse unverzüglich angehen**
33. Postulat 422, Christa Stocker Odermatt und Agatha Fausch Wespe namens der G/JG-Fraktion, vom 29. Januar 2009:  
**Eine zuverlässige, durchgehende Kinderbetreuung bereitstellen**
34. Postulat 429, Urs Wollenmann namens der SVP-Fraktion, vom 29. Januar 2009:  
**Kapellbrückenbilder: Diese Chance darf sich die Stadt nicht entgehen lassen**
35. Postulat 431 (2004–2009), Urs Wollenmann namens der SVP-Fraktion, vom 25. September 2008:  
**Auch der Hundesport und die Hundebildung gehören auf die Allmend**
36. Postulat 433 (2004–2009), David Roth namens der SP-Fraktion, vom 18. Dezember 2008:  
**Auswertung der Videoüberwachung**
37. Motion 443 (2004–2009), Ylfete Fanaj namens der SP-Fraktion und Verena Zellweger-Heggli, vom 18. Dezember 2008:  
**Verbindliche Frühsprachförderung ab dem dritten Altersjahr**
38. Postulat 469, David Roth und Anita Weingartner namens der SP-Fraktion, vom 2. April 2009:  
**Chance packen – Projektierung des Tiefbahnhofs vorantreiben**
39. Postulat 491, Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, vom 2. April 2009:  
**Projekt „Rotsee kurz“ vorantreiben – Gegenvorschlag zur Volksinitiative zur Finanzierung des Tiefbahnhofs**
40. Postulat 496, Hans Stutz namens der G/JG-Fraktion, vom 2. April 2009:  
**Für ein Engagement der Stadt Luzern gegen die kantonale Steuergesetzrevision 2011**
41. Postulat 503, Rolf Krummenacher namens der FDP-Fraktion, vom 2. April 2009:  
**Kantonale Steuergesetzrevision 2011 und Starker Kanton mit starker Stadt**

## **Anhang 4**

zu B+A 11/2009 Abschreibung von Motionen und Postulaten

### **Definitiver Beschluss des Grossen Stadtrates**

(unter Berücksichtigung der im Grossen Stadtrat beschlossenen Änderungen)

#### **Der Grosse Stadtrat von Luzern,**

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 11/2009 vom 8. April 2009 betreffend

#### **Abschreibung von Motionen und Postulaten,**

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

#### **beschliesst:**

1. Die Motionen und die Postulate gemäss I, Ziffern 1–33 werden abgeschrieben, ausgenommen die Ziffern 4, 5, 11–14, 20, 24, 28, 29 und 32.
2. Die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II.1., Ziffern 2–10 wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
3. Die Erledigungsfrist der Postulate gemäss II.2., Ziffern 1–6 wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
4. Die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss II.3., Ziffern 1–10 wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

Luzern, 4. Juni 2009

Namens des Grossen Stadtrates von Luzern

Rolf Hilber  
Ratspräsident

Daniel Egli  
Stadtschreiber-Stellvertreter

